

...wären es ihre Pflicht gewesen wäre, durch Schaffung eines Sozialisierungsamtes die Sache zu fördern. Sie hat nichts getan, weil sie nichts tun wollte, weil ihre rechtssozialistischen Mitglieder sich von den Bürokraten in den Kammern und den Kollegen in der Regierung haben einschüchtern lassen.

Genau so wie in der Finanzpolitik haben in der Sozialisationspolitik die kapitalistischen Interessen den vollen Sieg davongetragen, und die Folgen sind genau so verderblich. Denn jetzt besteht in der Tat die Gefahr, die in den ersten Monaten der Koalition noch leicht zu bannen gewesen wäre, daß infolge der bisherigen Unterlassung, wenn endlich eine wirkliche sozialistische Regierung an die Macht kommt, die enttäuschten und erbitterten Arbeiter schnellere Arbeit verlangen als vielleicht in jedem einzelnen Fall zu wünschen wäre. Die Gefahr der Ueberstürzung ist durch die Unterlassungssünden der Regierung erst so groß geworden. Auch hier hat sie nicht nur am Sozialismus, sondern an der ganzen deutschen Wirtschaft schwer geirrt. Und man kann nur hoffen, daß der zweite Rätekongress Rechenschaft fordern wird, warum auch hier die Beschlüsse des ersten schmächtig mißachtet worden sind. Seine Entscheidung kann gar keine andere sein als die Verurteilung der Regierungspolitik.

Deutsche Nationalversammlung.

34. Sitzung, Donnerstag, den 10. April.

(Schluß aus der Morgenausgabe.)

Abg. Schulz-Brenberg (Deutschnat.): Antrag zur Schaffung eines Ausschusses für die Revision der Verfassung. Denn was haben die Männer der Revolution verprochen und was haben sie gehalten? Was ist aus unserem Verlande geworden, seitdem die Revolution herrscht? Mit Enttäufung lehnen wir ein Schuldgeständnis für den Krieg ab, das allen Tatsachen direkt widersprechen würde. (Beifall rechts.) Möglich wäre es allerdings, daß die Regierung aus Gah gegen die alten Nachhaber nachgibt und ihnen die Schuld beimeistert.

Ministerpräsident Scheemann: Wenn ich recht verstanden habe, hat der Vordredner gesagt, er lasse es dahingestellt, ob etwa die jetzige Regierung sich bei der Erörterung der Schuldfrage von ihm Gah gegen ihre Vorgänger leiten lasse. Ist das dem Sinne nach richtig, Herr Abgeordneter? (Zuruf: Jawohl!) Dann kann ich darauf nur antworten: Ich kenne kein Wort, das Ihnen (nach rechts) nicht erneut Gelegenheit gäbe, sich über meinen Ton aufzuhalten, um das zu kennzeichnen, lache ich über eine derartige Unterstellung. (Dravol b. d. Soz.)

Müller (Deutsche Volkspartei): Es ist vielfach die Frage aufgeworfen worden, ob die Revolution notwendig gewesen sei oder nicht. Politisch war sie weder für Deutschland noch für Preußen eine Notwendigkeit. Wir wollen keinen Frieden schließen, der von den Wilsonschen vierzehn Bedingungen abweicht. Die Bevölkerung in Elsaß-Lothringen mag selbst abstimmen, obwohl wir beweisen, daß die Abstinenz die wahre Volksmeinung zum Ausdruck bringen wird. Von Deutschland darf nichts abgetrennt werden, auch nicht Schleswig-Holstein. Ferner verlangen wir, daß im Augenblick des Friedensschlusses die Blockade aufgehoben und der Wirtschaftskrieg beendet wird. Ein Schuldgeständnis wollen wir nicht abgelegt wissen.

Abg. Seeger (U. Soz.): Daß die deutsche Regierung kein Telegramm der russischen Regierung wegen Anbahnung von Verhandlungen erlassen hat, ist nur formell richtig, denn die russische Regierung hat einen Punktspruch an alle erlassen, der auch in Rußen aufgenommen ist. Dieser Punktspruch wird dem deutschen Volke vorenthalten, obwohl das Volk'sche Verstecken, gekündigt wie es ist, alle Nachrichten bringt, die allerdings dem Zweck dienen, die Wahrheit zu verschleiern, als das deutsche Volk zu unterrichten. Die Nationalversammlung sollte dem Volke Frieden, Freiheit und Brot bringen, sie hat das Volk getäuscht. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Die Nationalversammlung ist nur eine verächtliche Auflage des alten Reichstags. Das verächtliche Volk (Auf b. d. Demokraten: Werktätigkeit!) hat keine Hoffnung mehr auf die Nationalversammlung. Die sozialistische Firma verhandelt kapitalistische Ware. In Wahrheit regiert das Zentrum (Sehr richtig! b. d. U. Soz.), das die Regierung stellt. Die Fronten sind nicht anders als Handlanger für das Zentrum. Der Sinn aller Reden ist, es müsse geardeit werden, damit die Gesellschaft nicht untergeht. Wäre das Bürgerium doch mit der Arbeit anfangen. (Lachen.) Die Revolution wird weitergehen, bis der Sozialismus verwirklicht ist. Vorher gibt es keine Ruhe. Die Regierung glaubt, mit Gewalt das Rad rückwärts bringen zu können. Es ist ein vergebliches Bemühen. Auf allen Gebieten sehen wir die Veruche, den alten Geist wieder aufzuleben. Die Sozialisierung, die bis jetzt durchgeführt ist, ist Sand in die Augen des Volkes. Das Räuberium wird kommen. Soweit es wirtschaftlich notwendig ist. Die Regierung regiert mit dem Belagerungsstand. (Zuruf: Mäandern!) Eine Regierung, die sich nur auf die Gewalt stützt, ist geisteslos. (Zuruf: Mäandern!) Die Regierung, die Deutschland zu den Friedensverhandlungen einsetzt, ist so zusammengesetzt, daß sie das größte Mißtrauen bei unseren Feinden erwecken muß. Die Arbeiterschaft in überhauf nicht darin verzeihen, und auf der anderen Seite führt nach wie vor Herr Erzberger das große Wort. Ist es wahr, daß Erzberger noch während des Krieges eine Denkschrift ausgearbeitet hat, in der die Annexion nicht nur großer Teile Frankreichs und Belgiens, sondern auch ein Stück Englands gefordert ist? (Große Heiterkeit.) Auch die Art, wie man, halt eine gelebte Schützengruppe zu schaffen, steht drauf und dran ist, den Militarismus aufzubauen, ist nicht geeignet, die Friedensverhandlungen zu fördern. Den Arbeitlosen hat man ja sogar die Entziehung der Arbeitslosenunterstützung angedroht für den Fall, daß sie sich nicht anwerben. Medner führt schließlich aus, daß in den Verleumdungen und den Propagandaverstärkungen während des Krieges große Korruption geherrscht hätte, die durch Offiziere verfaßt worden sei. Wenn man glaubt, die Revolutionbewegung aufhalten zu können, so mußte man sich die Revolution marschieren und sie wird liegen. Damit schließt die Debatte. Der Etat wird an den Hauptauschuss überwiegen.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß von den Abg. Löwe, Gröber, von Bayer, Graf Posadowsky und Dr. Geisinger ein Antrag über die an den Friedensschluß geknüpften Erwartungen eingebracht. Der Friede müsse dem Wilson'schen Programm entsprechen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen. (Es entzieht ein großer Haufe, den unabhängigen Sozialdemokraten werden härmliche Pitulule und Aufse: Maus, raus! gugerufen.) Hierauf wird auf einen weiteren Antrag der genannten Parteien, einen Ausschuss für die Friedensverhandlungen einzusetzen und in denselben die Präsidenten und 28 Mitglieder zu berufen, angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 3 Uhr (Anfragen, kleinere Vorlagen).

Koalitionsregierung in Bremen.

Bremen, 10. April.

Die bremische Nationalversammlung wählte heute die vorläufige Regierung, die aus einem 15 Mitglieder zählenden Senatskollegium besteht. Neben der neuen Senatoren gehören der mehrheitlich sozialistischen Partei an, die wurden von der demokratischen Fraktion vorgeschlagen

und gehören bis auf einen dem früheren Senat an. Bei den sieben früheren Senatoren war für ihre Neuwahl nicht die Zugehörigkeit zur demokratischen Partei, sondern in erster Linie ihre Sachkunde ausschlaggebend. Die Unabhängigen und Kommunisten waren der Sitzung ferngeblieben. Die unabhängige Fraktion hat beschlossen, nicht eher wieder an der parlamentarischen Tätigkeit teilzunehmen, bis der seit dem 4. Februar über Bremen verhängte Belagerungsstand aufgehoben ist.

Die Streiks der Angestellten.

Bis zur Revolution waren die Angestellten willfährige Diener ihrer kapitalistischen Ausbeuter. Die Masse der Angestellten dachte nicht daran, sich gewerkschaftlicher Kampfsmittel zu bedienen, um eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Die Revolution hat aber auch dieser Schicht der Angestellten Selbstbewußtsein gegeben und die Erkenntnis allgemein werden lassen, daß sich eine menschenwürdige Existenz nur im Kampf gegen die Unternehmer, unter Umständen nur durch die Anwendung des Streiks durchsetzen lassen werde.

So sehen wir, daß in der letzten Zeit überall die Angestellten die entschiedensten Verächter des Streikgedankens sind. Sie, die jahrzehntelang nur von den Projekten des Kapitalismus lebten, deren Lebenslage sich immer und immer mehr verschlechterte und im Aricae zu einer unerträglichen Dürftigkeit herabfiel, sind nun enttäuscht, sich ihren Anteil am Produktionsertrage zu erkämpfen.

Das erregt die lebhafteste Entrüstung aller Kapitalisten. Glauben sie doch, in dem Kampf gegen die Arbeiterschaft die Angestellten als Brechholz benutzen zu können. Da diese Hoffnung schwindet, so entläßt sich augenblicklich ihre ganze Erbitterung gegen die Angestellten. Alle Verleumdungen, Verbreitungen von unwahren Nachrichten, die die Arbeiter aus ihren gewerkschaftlichen Kreisen zur Genüge kennen, werden jetzt auch gegen die Streiks der Angestellten angewendet. Auch die Hilfe der Freiwilligen zum Schutze der Streikbrecher fehlt nicht. Aber auch ein Teil der Presse steht in diesem Kampf auf Seiten der Unternehmer.

Wahr verhält sich die Mehrheit der bürokratischen Zeitungen noch etwas abwartend, aber die reaktionären Blätter machen aus ihrer Abneigung gegen die Streiks der Angestellten keinen Hehl. So schreibt die „Post“: Die streikenden Angestellten „vergeben sich nicht nur jahrelang am Allgemeinwohl, sondern verbrängen fühlbaren Schaden und bewußt ein unverantwortliches Verbrechen“. Selbstverständlich darf auch Herr Seilman nicht fehlen, wenn es sich um die Bekämpfung der Streiks der Angestellten handelt. In seiner „Sozialistischen Korrespondenz“ entwirrt er sich darüber, daß zestern ein Bankbeamter in unserer Zeitung erklärt hat, daß die Bankbeamten es satt seien, sich nur von den Projekten zu nähren, die von dem Lichte der Kapitalisten und Direktoren abfallen. So sehen die Angestellten, daß ihr Kampf um wirtschaftliche Besserstellung und um Mitbestimmungsrecht nur bei denen Unterstützung findet, die unbekümmert um die Interessen des Kapitalismus für die Interessen aller Arbeiter und Angestellten eintreten.

An die Zentralregierung der Angestellten in der Berliner Metallindustrie hat die Reichsregierung folgende Erklärung gerichtet:

Die Stellung der Regierung zu der Forderung der Angestellten nach Mitwirkung bei der Einstellung und Entlassung von Angestellten wird schon beantwortet durch den vor einigen Tagen veröffentlichten § 94 der Verfassung. Dieser Paragraph, der die Verantwortung der Räte in der Verfassung zum Zweck hat, erkennt den Arbeitern und Angestellten die gleichberechtigte Mitwirkung bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses zu. Darunter muß in erster Linie verstanden werden die Mitwirkung bei der Regelung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse, bei der Entlassung und Einstellung. Das im Reichsarbeitsministerium in Vorbereitung befindliche Arbeitsrecht wird diese in dem Verfassungsparagraphen enthaltenen Gedanken ausführlich festlegen. Es wird bestimmen, daß Kündigungen und Entlassungen nur nach vorheriger Zustimmung des Angestelltenausschusses oder bei Nichteinigung des Schlichtungsausschusses vorgenommen werden dürfen. Bei Neueinstellungen von Personal soll dem Ausschuss das Recht des Einspruchs zustehen, aber den, im Falle eines Verhältnisses nicht zustande kommt, der Schlichtungsausschuss entscheidet. Danach wird in kürzester Zeit das Mitbestimmungsrecht der Angestellten im Arbeitsverhältnis so geregelt werden, es den berechtigten Forderungen der Angestellten und den Interessen der Allgemeinheit entspricht. Die Regierung ist entschlossen, sich für die Durchführung dieser Grundsätze mit allen Mitteln einzusetzen.

Die Reichsregierung richtet angefaßt ihres festen Willens, den berechtigten Wünschen der Angestellten Rechnung zu tragen, an die streikenden Angestellten den bringenden Appell, sich nunmehr ihrer Verantwortung gegenüber der Gesamtheit bewußt zu sein, die Arbeit ungehört wieder aufzunehmen und damit die drohenden Gefahren von unserem Wirtschaftsleben abzumwenden.

Der Abbau der Vorschulen.

Das preussische Kultusministerium veröffentlicht folgenden Erlaß über den Abbau der Vorschulen:

Von mehreren Stadtverwaltungen ist der Vorschlag gefaßt worden, die an den höheren Lehranstalten ihres Patronats bestehenden Vorschulen von Ostern 1910 ab klassenweise abzubauen. Die Provinzialschulkollegien werden ermächtigt, dahingehenden Anträgen stattzugeben, falls für die Weiterverwendung der dadurch freierwerdenden Lehrkräfte Sorge getragen ist. Ueber die hiernach getroffenen Entscheidungen ist bis zum 1. Mai 1910 zu berichten. Auch bei den mit den staatlichen höheren Lehranstalten für die männliche Jugend verbundenen Vorschulen wird ernstlich zu prüfen sein, ob für die nächste Zeit ein Abbau in Aussicht genommen werden kann. Mit Rücksicht auf die augenblickliche Finanzlage und bei der Unmöglichkeit, alle Vorschullehrer an den Hauptanstalten ohne Schädigung der in großer Uebersahl vorhandenen aufrehten wartenden Lehramtsbewerber unterzubringen, ist die restlose Aufhebung solcher Vorschulen für das Schuljahr 1910 noch nicht möglich. Das Provinzialschulkollegium wird jedoch beauftragt, an den höheren Lehranstalten für die männliche Jugend gesondert mit Beschleunigung die Voraussetzungen zu schaffen für den Fortfall der untersten Vorschulklassen von Ostern 1920 ab. Das Provinzialschulkollegium wolle hierüber zum 1. Oktober 1910 berichten und dabei auch angeben, in welcher

Weise die in Betracht kommenden Vorschullehrer zu beschäftigen werden können.

Es ist auch weiterhin darauf zu achten, daß die Besuchslisten der Vorschulen so niedrig bleiben, daß der Eintritt von Schülern, die aus Volksschulen oder aus Privatunterricht kommen, in die unterste Klasse der Hauptanstalt gesichert wird.

Betrogene Kriegsbeschädigte.

Uns wird geschrieben: In der Morgenausgabe der „Freiheit“ vom 10. April bringt der Reichsbund der Kriegsbeschädigten eine Zuschrift, in der es heißt gegen den Gehartikel des „Vorwärts“ wendet und dann sagt, daß er mit dem Internationalen Bund in Verhandlungen steht zwecks gemeinsamer Durchführung einer Demonstration. Zur selben Zeit bringt auch der „Vorwärts“ eine Zuschrift an den Reichsbund, die von dem „Gericht“ der geplanten Demonstration spricht, sich aber dagegen verwahrt, etwas damit zu tun zu haben. Diese un widersprochenen Zuschriften zeugen von der heillosen Verwirrung und Verlegenheit, in die der „Vorwärts“ seine Freunde von der Bundesleitung des Reichsbundes gebracht hat. Es dürfte darum jetzt an der Zeit sein, das verräterische Treiben des „Vorwärts“ und seine Freunde aufzudecken.

Am 8. April wandte sich der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen an den Reichsbund mit der Anfrage, ob er geneigt sei, in nächster Zeit eine gemeinsame Kundgebung zugunsten folgender Forderungen zu veranstalten: Ausreichende Rentenversorgung für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Verschaffung von Arbeit durch einen wirksamen Einstellungszwang. Selbstverwaltung der amtlichen Fürsorge. Beseitigung des Wohnungsleids durch gerechte Verteilung der vorhandenen Wohnungen.

Wir fragen den „Vorwärts“: Sind diese Forderungen, die durch die ungeheuerliche Notlage der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen veranlaßt sind, derartig, daß der „Vorwärts“ überwerfen sollte mit Wägenwerkzeugen und Maschinen gegen die A. V. und A. D. mobil machen muß?

Aber auch vom Reichsbund sind wir bisher ohne Antwort geblieben. Es ist unmahr, daß er mit uns in Unterhandlung steht. Die einzige Antwort, die uns bisher geworden ist, besteht in dem Gehartikel des „Vorwärts“ vom 8. April. Jeder, der die enge Beziehung des Reichsbundes vorstandes zum „Vorwärts“ kennt, wird sich im Zweifel gewesen sein, was die „vertrauenswürdigste Seite“ ist, die dem „Vorwärts“ zu schreiben mitteilte, das er dann zu seinem Gehartikel gegen den Reichsbund ausgesprochen hat. In der Bundesleitung des Reichsbundes sind nämlich nicht „alle Parteien, vom Demokraten bis zum Kommunisten“, vertreten, sondern er setzt sich ganz einseitig zusammen aus Parteigenossen der „Vorwärts“-Reaktion. Von den zehn Vorstandsmitgliedern, drei juristischen Rechtsberatern und drei Sekretären sind fünfzehn Rechtssozialisten, in dem „parteilosigen neutralen Reichsbund“ einen bestimmten Einfluß ausüben. Die Gründer des Reichsbundes sind die „Vorwärts“-Redakteure Kuttner und Stämpfer.

Was die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen den „Vorwärts“-Leuten zu erwarten haben, hat der „Vorwärts“ durch seinen Artikel vom 8. April dokumentiert, indem er die geplante Kundgebung, die durch die furchtbare Notlage der A. V. und A. D. und durch das völlige Verlassen der Regierung veranlaßt ist, als einen Versuch zur Entsefelung des Generalstreikdenungerie. Immer deutlicher erkennen die Kriegsbeschädigten, daß sie von diesen Leuten nichts zu erwarten haben; das zeigt uns am deutlichsten daran, daß sie dem Reichsbunde mollenhaft den Rücken kehren und als geschlossene Ortgruppen übertreten zum Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

Der Vorstand des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

Pressefreiheit!

Unser Stuttgarter Parteiblatt „Der Sozialdemokrat“ versendet folgendes Flugblatt an seine Leser:

Am Dienstag, den 1. April, wurde unsere Druckerei von der Sicherheitskompanie besetzt und der Weiterdruck der Nummer 70 des „Sozialdemokraten“ verhindert. Ferner wurden von unseren Druckmaschinen Teile abmontiert und mitgenommen und so unser Betrieb vollständig stillgelegt.

Auf unsere wiederholte Beschwerde dagegen erhielten wir am Samstag, den 5. April, von der württembergischen Regierung folgendes Verbot:

Stuttgart, 5. 4. 10.
„Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird auf Grund des § 9b des Verordnungsamtes die Herausgabe des „Sozialdemokraten“ bis auf weiteres verboten. Eine Zuwiderhandlung wird nach § 9 des Gesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.“

Der Mitstreiter des Reichsbundes Herrmann, Kriegsminister.

Europas Wirtschaftsknot.

Paris, 10. April. (Gaba.)

Der Oberste Wirtschaftsrat unter dem Vorsitz von Lord Robert Cecil nahm eine Entschiedenheit an, die die Verantwortlichkeit der assoziierten Regierungen auf den außerordentlichen Ernst der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Europas lenkt. Er beschloß die Aufhebung der Blockade Deutschlands und des Österreichischen Reiches, die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Griechenland, Albanien und Litauen, die Aufhebung der Beschränkungen des Handels mit Polen und die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs nach der Schweiz. — Er beschloß die Aufhebung der alliierten Rates für Transporte, dessen Befugnisse auf den obersten Wirtschaftsrat übergehen sollen. Ferner wurden Entschlüsse angenommen über die Lieferung von Eisenmaterialien für die rumänischen, polnischen und tschechoslowakischen Bahnen und über die Notwendigkeit, die regelmäßig Post- und Telegraphenverbindungen mit den besetzten Ländern zu verbessern. Auch die Frage der Versorgung Italiens mit Kohle wurde geprüft.

Unruhen in Ägypten.

London, 11. April.

„Daily Mail“ vom 9. April meldet neuerdings größere Unruhen in Kairo, die zu Ruinverheerungen führten. Der Präsident der Ägyptischen Staatsbahn soll ermordet worden sein.

Wahlreform in Belgien.

Brüssel, 10. April. (Gaba.)

Die Kammer hat den Gesetzentwurf über die Wahlreform einstimmig angenommen.

Der Rätelongreß.

Die Sitzung wird erst kurz vor 11 Uhr eröffnet. Der Vorsitzende verliest eine Erklärung des Herrn Brenner, worin er die am Schluß der gestrigen Sitzung geäußerte Meinung darlegt. Mehrere Redner beider sozialdemokratischen Fraktionen wiederholen jedoch, daß sie die Meinung Brenners bestimmt gehört haben, es sei bezeichnend, daß der Mann nicht den Mut habe, zu seinem Wort zu stehen.

Genosse Geier bemerkt hierzu, man müsse diesen Herrn, der während des Krieges die chauvinistische Rede betrieb, in einem Falle sogar versucht habe, ein Mitglied des allgemeinen deutschen Schriftstellerverbandes für Spitzelarbeiten zu werben, unter die Lupe nehmen. Für die Regierungspolitik sei es bezeichnend, daß sie derartige Elemente in ihrem Pressedienst beschäftige. Genosse Müller und Rosenfeld führen zur Kennzeichnung aus dessen jüngster Vergangenheit noch einige charakteristische Züge an.

Der Berichterstatter der für den Fall Lande eingeleiteten Kommission teilt mit, daß sich das Berliner Landgericht für unzuständig erklärt habe, da gegen Brandes der dringende Verdacht des verhängten Hochverrats vorliege, wofür das Reichsgericht zuständig sei.

In der Angelegenheit der Freilassung Ledebours wird berichtet, daß der zuständige Senatspräsident erklärt habe, für die Freilassung fehle die rechtliche Grundlage.

Darauf tritt der Kongreß in die Erörterung der vorliegenden Punkte ein.

Au dem Antrag der unabhängigen Fraktion bezüglich der Aufhebung des Belagerungszustandes erwidert Genosse Rosenfeld das Wort. Die Rede des Genossen Rosenfeld ist bei Redaktionsschluss noch nicht beendet.

Der reaktionäre Wind in der Schweiz.

Das kleine Schweizerland, das so viele Jahre hindurch von feindseligen Mächten rings umgeben war, ist ebensoviele wie die anderen neutralen Länder von den verheerenden Folgen der Kriege der Weltkatastrophe verschont geblieben. Auf der einen Seite haben verantwortungslose Spekulanten und Schmeichele alle Art, die schnell zu ungeheuren Reichtümern gelangt sind, in höchstem Maße zur Verwässerung der notwendigen Lebensmittel beigetragen. Andererseits wissen zahlreiche Familien in der arbeitenden Bevölkerung der größeren Städte nicht, wie sie sich weiter durchschlagen sollen. Demgegenüber zeigt sich die bürgerliche Regierung unfähig, durch die notwendigen Eingriffe in die gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse die Nothlage wirksam zu lindern.

Wohl aber ist man emsig bemüht, die Schweiz, die sich ehemals voller Stolz als ein Hort der Freiheit und Menschlichkeit betrachtete, zu einem engherzigen Philisterländchen und zu einem Polizeistaat im schlimmsten Sinne des Wortes zu machen. Spione und Wucherer dürfen in Ost und West häusern nach Belieben pressen, entthronte Monarchen wie der Erzherzog Karl finden die Tore weit geöffnet und werden von den Obrigkeiten feierlich empfangen. Schwab- und Hilfsbedürftige den Obriheiten feierlich empfangen. Schwab- und Hilfsbedürftige den Obriheiten feierlich empfangen. Schwab- und Hilfsbedürftige den Obriheiten feierlich empfangen.

Um das arbeitende Volk vollends zu provozieren, fand die Regierung den seltsamen Mut, die Kantone zu ermächtigen, wie in der Republik der Kasse, Scheidemann und Konforten nach Belieben den Belagerungszustand zu verhängen und die elementaren Kampfmittel der Arbeiterschaft (Versammlungs- und Pressefreiheit) auszuschalten. Bei dieser Strömung von oben war es nicht verwunderlich, daß die bereits seit langem vorhandene Erbitterung, die weit über die gewerkschaftlich und politisch organisierten Kreise hinaus gewaltig ist, sich in einbrunstigen Kundgebungen und Straßendemonstrationen, bei denen es hier und da zu ernstlichen Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht kam, Luft gemacht hat. Schließlich trat auf das Drängen der radikalsten Massen das sogenannte Oltener Aktionskomitee, das seit Monaten von den Arbeiterorganisationen eingeleitet ist und das vielfach als zu bedächtig angesehen wurde, sich veranlaßt zu fühlen, den allgemeinen Landesstreik zu proklamieren. Wenn

„Der Star“.

Die Kammerstücke des „Deutschen Theaters“ waren ursprünglich Max Reinhardts liebste literarische Bühne für intime Kunst. Jetzt hat er sie zum Salon der Frau Leopoldine Konstantin für ihre funkenden Künste werden lassen. Fast nur noch eine Attraktion für Theaterbesucher, denen sie seit Jahren als die mondäne Schauspielerin (mit Toilettenaufwand) gilt. Also ein Star. Nur so erklärt es sich, daß man für sie Hermann Walds antiquarische Komödie „Der Star“ neu einstudierte, wozu sonst wohl kein Bedürfnis in heutiger Zeit vorliegt.

Dieses Stück aus der Kulissenwelt, der Wäre in allen Wandlungen auch noch im waldenden Prospektort treu blieb, ist in einigen Nebenfiguren origineller als in den Hauptrollen der Komödie. Am besten und besten der erste Akt im Doudoir der Künstlerin mit satirischen Seitenstücken auf Theater, Publikum, Presse (überreife Garmur). Sonst ein reichlich abgemessenes Thema: Theater und Liebe, eckig und geschmacklos, Gefühle, Künstlerblut und Spießbürgertum.

Der „Star“, der Bühnenstern, die Theaterprinzessin ist unglücklich verliebt, nachdem der Graf sich „handgemäht“ verheiratet, nicht mehr „so leiblich“ Verhältnis sein, sondern selbst sich nach dem warmen Rest der Ehe. Aber auch der dumme kleine Postbeamte, den es erst zum Stützschwanz, dann zu ihr drängt, kehrt zu seinem braven Bürgermädchen zurück. Es bleiben die Leiden und wackelnde Lotterien.

Diese rührselige und ganz und gar nicht moderne Geschichte wird von Hermann Wald in vier langen Akten ohne soziale oder psychologische Vertiefung durch oberflächliche episodische Züge struppig und stellenweise sogar recht amüsan gemacht. Die Regie des Herrn v. Busse trug zur Verleinerung der etwas grober Materie bei, ohne ihre Bühnenwirksamkeit auch nur im geringsten abzuschwächen. Es wurde es ein Erfolg, der nicht nur dem in allen Temperamenten schwimmenden und beherrschten Spiel der Frau Konstantin zu danken war. Herr Thimig war ihr als frischer, topfischer Junge ein beherzter Partner, dem sein Naturbesitz um nur etwas zu sehr aus allen Fugen und Anordnungen lugte. Frau Vertens als a'ghaltete Tragödin, Herr Lehner als bedauerlicher „Chef der Gluque“, und Herr Gzimeg als anständig begünstigter Theaterarzt mit dem „goldenen Be-

der Generalkrieg auch nach kurzer Zeit einwirken abgebrochen werden mußte, so war der Eindruck bei den herrschenden Klassen nachdrücklich, so daß sie sich sogar zu allerhand Versprechungen bequemen mußten.

Jetzt soll Rede an denen genommen werden, die in kurzfristiger Weise als die Urheber der Streikbewegung angezeichnet werden. Ueber vier Wochen dauert bereits der große Arieasgerichtspräsident in Bern, in dem 21 Arbeiterführer wie die Genossen Blatten, Geim, Kots und andere angeklagt sind. Die ganze Prozedur läßt keinen Zweifel darüber, daß die beschränkte schweizerische Bourgeoisie keine Ahnung von den tiefen gesellschaftlichen Ursachen hat, die der gewaltigen Bewegung des Proletariats aller Länder in diesen Tagen zugrunde liegen. Ihr kommt es allein darauf an, jene „Führer“ und „Ausführer“, die natürlich in ausländischem Solde stehen“ und die z. T. Mitglieder des Nationalrates in Bern sind, auf Jahre hinaus unschädlich zu machen. Alle Mittel sind für diesen großen Zweck heilig, und so haben auch die Schweizer Republikaner eines der elementarsten demokratischen Rechte, die Immunität des Parlamentes getrieben. Selbst einige bürgerliche Zeitungen der Schweiz finden, daß solche Gewaltschritte in der jetzigen Zeit überflüssig sind und daß die Rührung vor jenem bürgerlichen Parlamente im Volke noch einige Grade tiefer sinken wird.

Wie in einigen Strafartikeln, die in den letzten Wochen von den Klassenrichtern gegen mutige Arbeiter und Soldaten verhängen wurden, wird sich demnächst in dem großen Staatsprozeß gegen mannhafte Führer des Proletariats die blinde Wut der übermächtigen Reaktion zeigen. Allein die herrschenden Kreise werden sich auch in der Schweiz berechnen. Märtyrerblut ist noch immer ein gefährlicher Saft gewesen, es wird wie immer in der Geschichte den Boden mit den Ideen der Freiheit und des Sozialismus befruchten. Es ist unmöglich, das Proletariat mit Maschinengepöhl und anderen auf die Dauer unwirksamen Woffen niederzulegen. Die soziale Revolution schreiet unaufhaltsam vorwärts und wird allen Widerständen zum Trost aller Ausbeutung und Entrechtung ein Ende bereiten. E. S.

Schweizerische Dep. Agentur meldet: Im Generalkrieg-Präsident wurde heute vormittag das Urteil gefällt. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen, Redakteur Robt. Birch erhielt vier Monate Gefängnis, Gemeinderat G. m. m. Bern, Redakteur Schneider, Postel und Nationalrat Blatten (zur Zeit in Russland) je sechs Monate Gefängnis.

Das internationale Arbeitsrecht.

Amlich wird mitgeteilt: Der deutsche Entwurf von Bestimmungen für den Friedensvertrag über internationales Arbeitsrecht ist nunmehr entsprechend dem im Reichsarbeitsamt ausgearbeiteten Programm fertiggestellt worden, um von den deutschen Vertretern bei den Friedensverhandlungen vorgelegt zu werden. Inzwischen sind in Bern auf dem Sozialistenkongreß und der Gewerkschaftskonferenz Beschlüsse für eine internationale Regelung des Arbeitsrechts angenommen worden, die im allgemeinen mit dem deutschen Programm übereinstimmen. Sollte bei den Friedensverhandlungen der Wunsch laut werden, die Beschlüsse den Verhandlungen zugrunde zu legen, so würde von deutscher Seite voraussichtlich nichts dagegen eingewendet werden.

Das Privatigentum der Fürsten.

Der Volksgesundheitsrat des Volksstaates Ruß hat einen Antrag (U. S.) und Genossen angenommen, welcher reichsgesetzliche Maßnahmen fordert, die die Einzelstaaten ermächtigt, Eingriffe in den Privatbesitz der Fürstlichen Häuser an Grund und Boden und dessen Vererbung in den allgemeinen Besitz ohne Entschädigung vorzunehmen.

Die Einnahme Odessas.

Im Gegensatz zu der Govaßmeldung, nach der die Ententeuppen Odessa geräumt hätten, meldet ein Funkspruch des süßlawischen Korrespondenzbureaus, daß die französische Besatzung von Odessa nach hartnäckiger Verteidigung kapituliert hätte.

Gewerkschaftliches.

Zum Angestelltenstreik.

Die Zentralkomitee der Angestellten der Metallindustrie stellt mit: Die Coblenzerversammlung hat von dem Beirat der Regierung, welcher die Zulassung über das Mitbestimmungsrecht enthält, zur Kenntnis genommen. Die Coblenzerversammlung erwartet nunmehr, daß die Versammlung der Berliner Metallindustriellen sich diese Stellungnahme zu eigen macht. Die Coblenzerversammlung ist einmütig der Meinung, auf ihre Kollegenchaft dahin zu wirken, daß eine Wiederaufnahme der Arbeit ausgeschlossen erscheint, wenn die Forderung über das Mitbestimmungsrecht nicht restlos erfüllt werde.

Am Sonnabend früh 9 Uhr findet in den Haberlath-Hallen eine Sitzung der Zentralkomitee statt. Ferner haben die Coblenz der Unter-Zentralstellen um 10 Uhr in demselben Lokal Vollversammlung. Nur gütliche Auswege gelte in den Zutritt.

Unwillen im Gastwirtsgerwerbe.

Die Unternehmerorganisation im Gastwirtsgerwerbe machen alle Anstrengungen, um die alten Zustände im Gewerbe, besonders das Trinkgeldwesen, wieder einzuführen. Der Schiedspruch vom 5. Januar d. J., der das Trinkgeldsystem nur für die Hälfte aller Berliner Betriebe beibehalten hat, hat sich als ein schwerer Rückschlag erwiesen. Für die Biergäste war die Abschaffung des Trinkgeldsystems erst mit dem 1. September d. J. vorgesehen, nun aber haben die Unternehmer das Kommen zum 1. Juli gekündigt und dadurch ist der alte Zustand wieder in Formanzug erklärt. Außerdem haben sich die Unternehmerorganisationen fortwährend insofern zu schuldigen kommen lassen, als sie den Arbeitern der Gastwirtsgerwerbe beibehalten haben und außerdem durch bestimmte Abmachungen die tariflichen Bestimmungen aufheben wollten. Drei Versammlungen, die der Verband der Gastwirtsgerwerbe einberufen hatte, und die von insgesamt 600 Personen besucht waren, nahmen zu diesen Angelegenheiten Stellung und verlangten sofortige restlose Beseitigung des Trinkgeldsystems und Einführung fester Wochenlöhne für alle Angestellten sowie strikte Durchführung des Naturdenkmalgesetzes und des württembergischen Aufschlags, ferner Verneinung des städtischen städtischen Arbeitsschutzes.

Der Streik der Bauarbeiter.

Die streikenden Bauarbeiter des Westfalens beschlossen in ihrer Streikerversammlung den Bauarbeiter-Verband zu beantragen, in Verbindung mit den in Frage kommenden Bauarbeiterorganisationen (auch Zimmerern) eine gemeinsame Versammlung aller Bauarbeiter Groß-Berling einzuberufen. Die Bauarbeiter der Untergrundbahn und der Kolonialarbeiten beschließen in einer Versammlung in den Kleiden-Bezirk zu einem Stimmenergebnis den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses abzuwarten. Sollte dieser Spruch nicht der Lohnforderungen von 3.50 M. für Handwerker und 3.00 M. für Arbeiter bei 48stündiger Arbeitszeit gerecht werden, so erklären die Arbeiter, ihre berechtigten Forderungen durch allgemeinen Streik zu erkämpfen. Unter starkem Beifall wurde gegen den Vorwärtigen Streik gegen die Kolonialarbeiten Stellung genommen und der Boykott der Freikorps erklärt.

Die Schlosser zum Kollektivvertrag.

Die Maschinen-, Motor- und Auto-Schlosser stellen gestern in den Musiker-Sälen eine überfüllte Versammlung ab. Kollege Ulrich gab den Bericht der Kommission, die mit den Unternehmern verhandelt hat. Da die Unternehmer eine allgemeine Lohnkassette von 3.50 M. pro Stunde ablehnten, wurden sämtliche Maschinen-Schlosser in zwei Lohngruppen eingeteilt. Für die Lohngruppe 1 wurde vereinbart eine Akkordlohn von 3.05 M. ein Stundenlohn von 2.00 Mark, was vorübergehend im Lohn arbeitet 5 v. H. weniger als die Akkordlohn. Die Lohngruppe 2 soll erhalten im Akkord 2.50 Mark und im Lohn 2.70 M. pro Stunde. Diese Löhne sollen Mindestlöhne sein. Die Vertragsunternehmernorganisation, die sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen beschäftigte, lehnte den Vertrag ab. Allgemeine Erklärung über die Verhandlung die Mitteilung des Kollegen Ulrich aus, daß Abolj Cohen, entgegen dem Beschluß der Generalversammlung, die den allgemeinen Kollektivvertrag ablehnte, diesen selbständig unterzeichnet hat, ohne selbst die Kollegen davon zu benachrichtigen. Jetzt berufen sich die Unternehmer auf diesen von Cohen

ner Herzen“ waren von beglückender Gerechtigkeit und typischer Eigenart. Nach ihnen seien nach Herr Wälthoff und Hel. Christians genannt. E. S.

„Der Vater“.

Eines der finsternen Dramen Strindbergs ist im Theater an der Adnigräher Straße neu einstudiert. Es lenne die früheren Aufführungen nicht, kann also nicht sagen, ob die neue Aufführung besser oder schlechter ist, nur ob sie gut oder schlecht ist. Sie ist nicht schlecht.

Es sind Aufführungen denkbar, bei denen die bis zum Wahnsinn gereizte, nervöse Strindberg-Atmosphäre von der Bühne weicht, aber noch ein Wort gesprochen ist. In diesen Aufführungen geschähe die gestrige nicht. Die Regie laßt sich damit begnügen, außer den nötigen Schauspielern einige Tische und Stühle auf die Bühne zu stellen. Und eine Lampe, der man bereits in der ersten Szene anmerkte, daß sie ihr ganz gewiß etwas geschähen müßte. (Sie wird einer Frau an den Kopf geboren.) Also: die Regie war schlecht.

Qartan spielt den Vater. Er überflieht, daß Wahnsinnige, wenn sie noch nicht ganz verrückt sind, sie verwirrfelte Mähe geben, normal zu erscheinen; zu schreien, was sie nicht sind; heiser, wenn sie düster sind, liebenswürdig, wenn sie locken. Ich sah mal Karl Qdy in München, der piß sich, um sie zu beruhigen, zwischen durch ein Liedel, und laßte verlegen, um Entschädigung bittend. Das war erschütternd. Qartan ist das nur, wenn er ganz verrückt ist, wenn er schreit.

Frau Orska spielte die Frau nicht schlecht, aber falsch aufgefaßt. Sie gibt ihr eine Linie, die diese Frau nicht hat. „Sie sind doch Ihre Schwägerin gar nicht mal bewußt“, so oder so ähnlich wird in dem Stück von den Frauen gesprochen. Frau Orska Frau ist sich ihrer Gemeinheit sehr bewußt. Sie behauptet nur das Gegenteil. Aber es wäre weit unheimlicher, ein Gschöpf zu sehen, das eine kleine Sache will und eine erstaunlich grobe erreicht, das den Mann ärgern will — und ihn erwidert macht. Eine Robe, die mit der Frau spielt — und sich wundert, wenn sie tot ist. Mit dem Kaiserst: „Ich habe den Krieg nicht gewollt.“ Frau Orska hat ihn gewollt. Sie muß vor den Verzicht!

Aber Strindberg hat die Schuld. Er hat die unheimliche Dramatik, die schauerliche Schandhaftigkeit dieser Frau zuweilen verlassen und ihr dämonische Züge verliehen. Statt diese Züge zu vermeiden, hat Frau Orska sie unterstrichen.

Die übrigen Schauspieler waren nicht besser und nicht schlechter als die zwei Hauptdarsteller. Tüchtige Kräfte. Aber kein Regisseur. H. S.

„Herbststurm“, eine neue Oper von Franz Neumann, gelangte gestern am Deutschen Opernhaus in Charlottenburg zur Aufführung. Der Text der Oper ist von einem französischen Dichter, Duo Nojovic, der in krasser Form die frühe Mode einer verführten Frau schildert. Die Handlung spielt in einem Küstenort Dalmatiens und gibt dem Komponisten wie dem Regisseur Gelegenheit zu sehr kräftigem Kolossal. Teilweise allen weltlichen Bedenken laßt das Publikum Gefallen an dem sehr volkstümlich gehaltenen Werke und der sorgfältigen Aufführung, in der unter Kapellmeister Krafferts Leitung in erster Reihe Frau Reiter-Waldharm und Hel. Stolzenberg sowie die Herren Gantner, Hansen und Scheidt erfolgreich beteiligt waren.

Kunstkalender.

Im kleinen Schauspielhaus wird heute Webedind „Wäsche der Pandora“ zum 100. Male gegeben.

Im Berliner Theater gelangt heute die Operette „Sterne, die wieder leuchten“ zum 100. Male zur Aufführung.

Im Theater der Friedrichstadt findet am 12. April die Erstaufführung folgender vier Einakter statt: „Der Aufschlag“, „Die Dame ohne Beruf“, „Die Schamige“ und „Sonnentäucher Nr. 33“.

Der einarmige Klaviervirtuose Wäsche, der im Kriege den rechten Arm verlor, zeigt im Rahmen eines allseitig vielseitigen Programms im Apollo-Theater eine bemerkenswerte Kunstfertigkeit und Geschicklichkeit am Klavier.

Wie wir dem Vorkurs für den Deutschen Buchhandel entnehmen, soll infolge freier Entschließung des jetzigen Inhabers Kurt Wolff der Gesamtvertrag am 1. Oktober nach München übersiedeln und in den Gemeinlichkeitsverein Angestellten einschließlich der Redatoren und des derzeitigen Inhabers übergeben.

